

Langsam wird auch führenden westlichen Militärs das Risiko eines versehentlich ausgelösten Atomkrieges zu groß.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 058/19 – 17.05.19**

Wegen der abgekühlten Beziehungen zwischen den USA und Russland wächst die Sorge, dass beide in einen Konflikt stolpern könnten

Von Robert Burns, Associated Press
STARS AND STRIPES, 14.04.19

(<https://www.stripes.com/us-russia-chill-stirs-worry-about-stumbling-into-conflict-1.576926#>)

WASHINGTON – Es droht ein neuer Kalter Krieg oder Schlimmeres.

Die stark abgekühlten Beziehungen zwischen den USA und Russland lassen in bestimmten Kreisen in Washington und Moskau die Sorge wachsen, dass beide Staaten aus Versehen oder wegen eines Missverständnisses in eine bewaffnete Konfrontation stolpern könnten, die zum Atomkrieg ausarten würde.

US-amerikanische und europäische Analysten sowie aktive und ehemalige US-Offiziere sind der Meinung, dass die beiden atomaren Supermächte unbedingt wieder häufiger miteinander reden müssten. Demnächst wird (mit dem von den USA aufgekündigten INF-Vertrag, s. <https://de.wikipedia.org/wiki/INF-Vertrag>) ein grundlegender Abrüstungsvertrag erlöschen, und der letzte Vertrag über die Begrenzung strategischer Atomwaffen (der bis 2020 gültige NEW-START-Vertrag) läuft in weniger als zwei Jahren aus (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Strategic_Arms_Reduction_Treaty). Anders als während des Kalten Krieges, in dem schon einmal mehrere Generationen unter der Bedrohung eines atomaren Weltuntergangs leben mussten, ist der Dialog zwischen den beiden führenden Atommächten mittlerweile fast völlig eingestellt worden.

"Während des Kalten Kriegs haben wir immer Signale ausgetauscht und miteinander gesprochen," erklärte der U.S. Army-General Curtis Scaparrotti (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP17516_121216.pdf), der in Brüssel residierende Oberkommandierende der NATO, der demnächst seinen Ruhestand antreten wird. "Ich bin besorgt darüber, dass wir die Russen heute nicht mehr so gut kennen wie früher."

Scaparrotti ist in seiner Rolle als Oberkommandierender der NATO nur zweimal mit General Waleri Gerassimow (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Waleri_Wassiljewitsch_Gerassimow), dem Generalstabschef der russischen Streitkräfte, zusammengetroffen, hat aber mehrfach mit ihm telefoniert.

"Ich persönlich halte die Kommunikation für einen sehr wichtigen Bestandteil der Abschreckung," äußerte Scaparrotti, denn Gegner, die über ihre jeweiligen Fähigkeiten und Absichten Bescheid wüssten, gerieten seltener in Konflikt miteinander. "Ich meine daher, dass wir öfter mit Russland kommunizieren sollten, um sicherstellen, dass wir einander verstehen, wissen was wir tun und warum wir es tun. Es muss ja nicht allzu oft sein."

Die USA und Russland, die gemeinsam mehr als 90 Prozent aller Atomwaffen auf der Welt kontrollieren, haben beide angekündigt, dass sie sich ab August 2019 nicht mehr an

den 1987 geschlossen (INF-)Vertrag (über die Vernichtung aller landgestützten Flugkörper kürzerer und mittlerer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometer) gebunden fühlen. Außerdem ist die Aussicht, dass der 2010 geschlossene New Start Treaty (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Strategic_Arms_Reduction_Treaty#New_START), der die strategischen Kernwaffen beider Seiten begrenzt, 2020 verlängert wird, sehr gering.

Die kurze Phase nach dem Kalten Krieg, in der Washington und Moskau in Fragen der atomaren Sicherheit und bei anderen Verteidigungsproblemen zusammengearbeitet haben, war 2008 plötzlich zu Ende, als russische Truppen in die ehemalige Sowjetrepublik Georgien eindrangen. (Was damals wirklich geschah, ist nachzulesen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP13508_140808.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP13508_140808.pdf .) Nach der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 und dem militärischen Eingreifen der Russen in der Ostukraine (s. dazu unbedingt auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP07514_220414.pdf), stiegen die Spannungen weiter an. Als Antwort darauf hat der US-Kongress 2016 die militärische Zusammenarbeit mit Russland stark eingeschränkt.

Per Gesetz hat der Kongress "die Kooperation mit den russischen Streitkräften verboten", bis der US-Verteidigungsminister bestätigen kann, dass Russland "die Besetzung ukrainischen Territoriums beendet" und "seine aggressiven Aktivitäten eingestellt" hat (s. dazu auch <https://www.justsecurity.org/59579/congressional-prohibition-u-s-russia-bilateral-military-cooperation/>). Dieses Gesetz wurde im letzten Jahr dahingehend geändert, dass militärische Verhandlungen, die der Konfliktvermeidung dienen, damit nicht behindert werden sollen.

Die Beziehungen wurden noch schlechter, als die US-Geheimdienste behaupteten, Russland habe sich im Jahr 2016 zugunsten Trumps in die Wahl des US-Präsidenten eingemischt; Präsident Donald Trump hat eine Einmischung der Russen von Anfang an bestritten und Putins diesbezügliches Dementi auf dem Treffen in Helsinki akzeptiert (s. dazu unbedingt auch <https://www.faz.net/aktuell/politik/trumps-praesidentschaft/russland-ermittlungen-robert-muellers-schlussfolgerungen-16107135.html>).

Trotzdem äußerte Joseph Dunford (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Joseph_F._Dunford), ein General der US-Marineinfanterie und Chef des US-Generalstabes, in einem Interview am Freitag, das Verhalten der Russen sei für die angespannten Beziehungen verantwortlich.

"Es ist für uns sehr schwierig, normale Beziehungen zu einem Staat zu unterhalten, der sich im Laufe der letzten Jahre so daneben benommen hat," erklärte Dunford. "Unsere bilateralen Beziehungen sind sehr belastet, weil Russland wiederholt gegen das Völkerrecht, und gegen andere Normen und Standards verstoßen hat." (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP04519_120419.pdf)

Dunford bestätigte, dass er regelmäßig mit seinem russischen Gegenspieler Gerassimow, spricht, und dass sich beide Seiten auch auf anderen Ebenen kontaktieren.

"Ich bin mit der gegenwärtigen Kommunikation zwischen den Streitkräften der USA und Russlands sehr zufrieden, denn sie stellt so viel Transparenz her, dass es nicht zu gefährlichen Missverständnissen kommen kann," betonte er. "Mit dem bestehenden Netzwerk sollten wir auch eine aufkommende Krise von Militär zu Militär bewältigen können."

James Stavridis (s. https://de.wikipedia.org/wiki/James_G._Stavridis), ein pensionierter Admiral der U.S. Navy, der von 2009 bis 2013 Oberkommandierender der NATO-Streit-

kräfte in Europa war, ist der Meinung, der Westen müsse Russland, wo es nötig sei, Paroli bieten – zum Beispiel in der Ukraine und in Syrien. Es bleibe aber noch genügend Raum für Kooperation, etwa in der Arktis und auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle.

"Wir laufen Gefahr, rückwärts in einen neuen Kalten Krieg zu stolpern, von dem niemand Vorteile hätte," teilte er in einer E-Mail mit. "Ohne Annäherung auf verschiedenen Ebenen der Politik und der Verteidigung wird die Gefahr eines neuen Kalten Krieges weiter ansteigen."

Niemand rechnet damit, das Russland vorsätzlich einen Krieg in Europa anfangen wird, aber viele machen sich Sorgen, weil es keine regelmäßigen Gespräche mehr gibt.

Moskau hat erklärt, gesprächsbereit zu sein.

"Russland bleibt offen für Aktivitäten, die darauf abzielen, Spannungen abzubauen, das gegenseitige Vertrauen wieder herzustellen, falsche Einschätzungen der Absichten der anderen Seite zu verhindern und die von Zwischenfällen ausgehende Gefahr zu verringern," hat das russische Außenministerium letzte Woche in einer Erklärung zum 70. Jahrestag der NATO mitgeteilt.

Sam Nunn (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Sam_Nunn), der von 1972 bis 1997 als demokratischer Senator für Georgia dem Senat angehörte, hält den Dialog mit Russland für so wichtig, dass er auch dann nicht abgebrochen werden dürfe, wenn er innenpolitisch riskant sei.

"Es darf keinen Abbruch (der Gespräche) geben," sagte er in einem Interview. "Die bestehenden Probleme mit den Atomwaffen bleiben sonst bestehen, und sie werden immer riskanter."

Nunn hat zusammen mit dem früheren US-Außenminister George Shultz (s. https://de.wikipedia.org/wiki/George_P._Shultz) und dem früheren Verteidigungsminister William Perry (s. https://de.wikipedia.org/wiki/William_Perry) einen Kommentar (im Wall Street Journal) veröffentlicht (der nachzulesen ist unter <https://www.wsj.com/articles/the-threat-of-nuclear-war-is-still-with-us-11554936842>), in dem festgestellt wird, dass die USA und ihre Verbündeten im Umgang mit Russland in eine "politische Lähmung" geraten seien, die zu einer militärischen Konfrontation und zum Einsatz von Atomwaffen führen könne – dem ersten seit den US-Atombombenabwürfen in Japan im August 1945.

"Wir brauchen eine kühne politische Kehrtwende," haben sie am Donnerstag im Wall Street Journal gefordert, "eine erneute Verständigung mit Russland über strategische Probleme, damit wir von diesem lebensgefährlichen Abgrund wegkommen. Sonst könnten beide Staaten bald in eine Pattsituation geraten, die noch viel auswegloser, gefährlicher und kostspieliger als der Kalte Krieg wäre."

Eine Gruppe von Sicherheitsexperten und ehemaligen Offiziellen aus den USA, Kanada, Europa und Russland haben im Februar dazu aufgerufen, durch Gespräche mit Russland Krisenmanagement zu betreiben.

"Die Gefahr von Missverständnissen und unbeabsichtigten (falschen) Signalen, die wegen des fehlenden Dialoges und eines mangelhaften Krisenmanagements droht, ist real," heißt es in einer Erklärung der Euro-Atlantic Security Leadership Group (EASLG, die unter https://www.securityconference.de/fileadmin/MSC_/2019/Dokumente/190215_EASLG_Statement_CrisisManagement.pdf aufzurufen ist).

Sie könne einen konventionellen Krieg mit Russland auslösen, in dem es "schnell zum Einsatz von Atomwaffen kommen könne, dem innerhalb von Minuten Millionen Menschen zum Opfer fallen würden".

(Wir haben den Artikel, der unsere wiederholten Warnungen vor einem drohenden Atomkrieg bestätigt, komplett übersetzt und mit wichtigen Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Es wird immer unbegreiflicher, dass sich die Weichensteller der ohnehin sehr schwachen deutschen Friedensbewegung immer noch den beiden Forderungen in den Weg stellen, mit denen längst auf allen Straßen und Plätzen der Bundesrepublik Deutschland demonstriert werden müsste: NATO raus und raus aus der NATO!)



US-Russia chill stirs worry about stumbling into conflict

By ROBERT BURNS | Associated Press |
Published: April 14, 2019

WASHINGTON — It has the makings of a new Cold War, or worse. The deep chill in U.S.-Russian relations is stirring concern in some quarters that Washington and Moscow are in danger of stumbling into an armed confrontation that, by mistake or miscalculation, could lead to nuclear war.

American and European analysts and current and former U.S. military officers say the nuclear superpowers need to talk more. A foundational arms control agreement is being abandoned and the last major limitation on strategic nuclear weapons could go away in less than two years. Unlike during the Cold War, when generations lived under threat of a nuclear Armageddon, the two militaries are barely on speaking terms.

"During the Cold War, we understood each other's signals. We talked," says the top NATO commander in Europe, U.S. Army Gen. Curtis Scaparrotti, who is about to retire. "I'm concerned that we don't know them as well today."

Scaparrotti, in his role as Supreme Allied Commander Europe, has met only twice with Gen. Valery Gerasimov, the chief of the Russian general staff, but has spoken to him by phone a number of other times.

"I personally think communication is a very important part of deterrence," Scaparrotti said, referring to the idea that adversaries who know each other's capabilities and intentions are less likely to fall into conflict. "So, I think we should have more communication with Russia. It would ensure that we understand each other and why we are doing what we're doing." He added: "It doesn't have to be a lot."

The United States and Russia, which together control more than 90 percent of the world's nuclear weapons, say that in August they will leave the 1987 treaty that banned an entire class of nuclear weapons. And there appears to be little prospect of extending the 2010 New Start treaty that limits each side's strategic nuclear weapons.

After a period of post-Cold War cooperation on nuclear security and other defense issues, the relationship between Washington and Moscow took a nosedive, particularly after Russian forces entered the former Soviet republic of Georgia in 2008. Tensions spiked with

Russia's annexation of the Crimea in 2014 and its military intervention in eastern Ukraine. In response, Congress in 2016 severely limited military cooperation with Russia.

The law prohibits "military-to-military cooperation" until the secretary of defense certifies that Russia "has ceased its occupation of Ukrainian territory" and "aggressive activities." The law was amended last year to state that it does not limit military talks aimed at "reducing the risk of conflict."

Relations frayed even further amid U.S. allegations that Russia interfered in the 2016 U.S. presidential election, although President Donald Trump has doubted Russian complicity in what U.S. intelligence agencies assert was an effort by Moscow to boost Trump's chances of winning the White House. After a Helsinki summit with Putin in July, Trump publicly accepted the Kremlin leader's denial of interference.

Marine Gen. Joseph Dunford, chairman of the Joint Chiefs of Staff, said in an interview Friday that Russian behavior is to blame for the strained relationship.

"It's very difficult for us to have normal relationships with a country that has not behaved normally over the last few years," Dunford said. "There are major issues that affect our bilateral relationship that have to be addressed, to include where Russia has violated international laws, norms and standards."

Dunford said he speaks regularly with Gerasimov, his Russian counterpart, and the two sides talk on other levels.

"I'm satisfied right now with our military-to-military communication to maintain a degree of transparency that mitigates the risk of miscalculation," he said. "I think we have a framework within to manage a crisis, should one occur, at the senior military-to-military level."

James Stavridis, a retired Navy admiral who was the top NATO commander in Europe from 2009 to 2013, says the West must confront Russia where necessary, including on its interventions in Ukraine and Syria. But he believes there is room for cooperation on multiple fronts, including the Arctic and arms control.

"We are in danger of stumbling backward into a Cold War that is to no one's advantage," he said in an email exchange. "Without steady, political-level engagement between the defense establishments, the risk of a true new Cold War rises steadily."

No one is predicting a deliberate Russian act of war in Europe, but the decline in regular talks is a worry to many.

Moscow says it is ready to talk.

"Russia remains open for interaction aimed at de-escalating tension, restoring mutual trust, preventing any misinterpretations of one another's intentions, and reducing the risk of dangerous incidents," the Russian Ministry of Foreign Affairs said in a statement last week in response to NATO's 70th anniversary celebration.

Sam Nunn, who served in the Senate as a Democrat from Georgia from 1972 to 1997, argues that dialogue with Russia is too important to set aside, even if it carries domestic political risk.

"You can't call time out," he said in an interview. "The nuclear issues go on, and they're getting more dangerous."

Nunn co-wrote an opinion piece with former Secretary of State George Shultz and former Defense Secretary William Perry arguing that the U.S. and its allies and Russia are caught in a "policy paralysis" that could lead to a military confrontation and potentially the first use of nuclear weapons since the U.S. bombed Japan in August 1945.

"A bold policy shift is needed," they wrote in the Wall Street Journal on Thursday, "to support a strategic re-engagement with Russia and walk back from this perilous precipice. Otherwise, our nations may soon be entrenched in a nuclear standoff more precarious, disorienting and economically costly than the Cold War."

A group of U.S., Canadian, European and Russian security experts and former officials in February issued a call for talks with Russia on crisis management.

"The risks of mutual misunderstanding and unintended signals that stem from an absence of dialogue relating to crisis management ... are real," the Euro-Atlantic Security Leadership Group said in a statement.

It said this could lead to conventional war with Russia or, in a worst case scenario, "the potential for nuclear threats, or even nuclear use, where millions could be killed in minutes."

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern